

Calmer Calwblatt

Nr. 8

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Veröffentlichungswelle: 6mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die Zeile 10 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 B. W., Reklamen 30 B. W., Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Donnerstag, den 10. Januar 1924.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zehrlohn 600 Markden W. wöchentlich, Postbezugspreis 600 Markden W. ohne Zehrlohn. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der deutsche Reichsfinanzminister hat auf die Beschlüsse des französischen Finanzministers bezüglich des Frankenturzes erklärt, daß Deutschland an dem Sturze in keiner Weise beteiligt sei. Was die deutschen Reparationszahlungen anbelange, so habe Deutschland bereits 25 Milliarden Goldmark bezahlt. In erster Linie sei die militärische Politik Frankreichs an der Frankenkatastrophe schuldig. Trotzdem der französische Finanzminister behauptet, Frankreich habe kein Geld, habe es doch 800 Millionen Francs zu Verfügung an die kleine Entente ausleihen können. Die Hauptursache des Sturzes sei aber die von Frankreich selbst betriebene wirtschaftliche Zerstörung seines Hauptschuldners.

Daß die maßgebenden Kreise Deutschlands neben der Reichsregierung sich alle Mühe geben, eine Verständigung mit Frankreich herbeizuführen, geht aus einer Unterredung hervor, die der Vorsitzende des Deutschen Industriellen-Bundes, Dr. Sorge, dem Berliner Korrespondenten des „Echo de Paris“ gewährt hat. Er sprach sich darin über die Möglichkeit eines französisch-deutschen Wirtschaftsabkommens aus. Die deutsche Industrie sei in ihrer außerordentlich großen Mehrheit geneigt, große Opfer zu bringen, um zu einem französisch-deutschen Abkommen zu gelangen und zu einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage. Die Regelung sei notwendig in erster Linie für die Wiederherstellung Deutschlands und dann im allgemeinen Interesse Europas. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Mitteleuropas sei die Folge der seitherigen Behandlungsweise der Reparationsfrage. Die bisherigen Abkommen Frankreichs mit der deutschen Industrie würden den Franzosen nicht die Vorteile bringen, die zu erwarten es die Möglichkeit hätte, wenn es die letzten deutschen Vorschläge vom Mai v. J. annehme. Vorbedingung einer Regelung der Reparationsfrage sei, daß die politischen Erwägungen aus den Verhandlungen möglichst entfernt, und Haß und Mißtrauen auf beiden Seiten verschwinden würden.

Die französisch-belgische Antwort auf die deutschen Verhandlungsvorschläge soll morgen dem deutschen Vertreter in Paris übergeben werden.

Weshalb „große“ Interesse die Franzosen an einer Verständigung mit Deutschland bekunden, ist daraus zu ersehen, daß sie, wie von verschiedenen Seiten gemeldet wird, mit Hilfe des Separatistengefändels im Rheinland einen neuen Putsch vorbereiten und sich weiter bemühen, auch den Verkehr im englischen Bräckenkopf unter die französisch-belgische Eisenbahnregie zu bringen.

Die linksradikale Presse Frankreichs scheint allerdings mehr und mehr den Kampf gegen Poincaré und den nationalen Block aufzunehmen zu wollen. Durch Enthüllungen über die Bestechung der französischen Presse im Jahre 1912 für die Kriegspropaganda wird Poincaré stark belastet.

Die Entente kündigt die Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland an.

Die Ruhr- und Reparationsfrage.

Deutsche Antwort auf die französischen Beschlüsse bezüglich des Frankenturzes.

Berlin, 10. Jan. In einer Unterredung mit dem Vertreter des WTB. äußerte sich Reichsfinanzminister Dr. Luther zu den vorgeschlagenen Darlegungen des französischen Finanzministers über den Sturz des französischen Franken. Der Reichsfinanzminister führte aus: Die Auslassungen des französischen Finanzministers legen ein bereites Zeugnis ab für die schwere Verantwortung, die in Frankreich durch den unaufhaltsamen Sturz des Franken hervorgerufen worden ist. Der französische Finanzminister führte als Gründe die deutsche Propaganda an und Maßnahmen, die in einer Versammlung deutscher Bankiers in Frankfurt beschlossen worden sein sollen, endlich die Tatsache, daß Deutschland seine Reparationsverpflichtungen nicht erfüllt habe. Die Vorwürfe über eine angebliche deutsche Propaganda kehren in jeder französischen Ministerrede wieder und müssen für alles herhalten, was in Frankreich selbst oder in der Welt für Frankreich Unangenehmes passiert. Die Behauptung, daß eine Versammlung deutscher Bankiers in Frankfurt beschloßen habe, den Franken zu stürzen, ist vollständig unsinnig. Eine solche Versammlung hat niemals stattgefunden und gegenwärtig ist die wirtschaftliche Lage Deutschlands nicht so, daß von hier aus ein Einfluß auf den Frankentkurs ausgeübt werden kann. Was die Behauptung anbelangt, daß Deutschland seine Reparationsverpflichtungen nicht erfüllt habe, so kann immer nur darauf hingewiesen werden, daß Deutschland nach dem Urteil des amerikanischen wissenschaftlichen Institut of Economic bereits über 25 Milliarden Goldmark bezahlt hat. Der französische Finanzminister hat wohlweislich vermieden, auf die wirklichen Ursachen einzugehen, die zum Sturze des Franken beigetragen haben und seinen weiteren Sturz herbeiführen können. Sie liegen einmal in der psychologischen Tatsache, daß die militärische Politik Frankreichs von Tag zu Tag mehr die Abneigung weiter Kreise, insbesondere aller geschäftlich interessierten Kreise, in allen Ländern hervorruft. Es braucht ja nur auf die Tatsache hingewiesen werden, daß das angeblich wirtschaftlich so schwer leidende Frankreich eine Anleihe von 800 Millionen Francs zu Verfügung an die kleine Entente gegeben hat. Der wirtschaftliche Hauptgrund für den Niedergang des Franken liegt aber in der Zerstörung seines Hauptschuldners, des Deutschen Reiches. Die verheerende Annerxionspolitik, die Frankreich an Rhein und Ruhr betreibt und Deutschland fast zum finanziellen Ruin gebracht hat, muß naturgemäß außerordentlich auf den französischen Kredit zurückwirken. Solange eine solche Politik andauert, kann Deutschland in nennenswertem Umfang keine Reparationen leisten. Das französische Budget muß mit einem ungeheuren, immer stärker werdenden Defizit abschließen, denn im Gegensatz zu allen Ländern hat es Frankreich verümt, seine eigenen Steuerquellen zu erschließen und es hat seinen Etat auf der von Deutschland zu zahlenden Reparation aufgebaut. Solange also Frankreich seine Politik nicht ändert und nicht zu anderen Methoden übergeht, wie sie den Erfordernissen der Friedenszeit entsprechen und von der öffentlichen Meinung der Welt immer gebieterischer gefordert werden, dürfte es dem französischen Finanzminister kaum glücken, den Sturz des französischen Franken aufzuhalten.

Vor der französisch-belgischen Antwort.

Paris, 9. Jan. Es bestätigt sich, daß der deutsche Geschäftsträger, Votschaftsrat von Bösch, in den nächsten Tagen zur Berichterstattung über die Lage nach Berlin reisen wird. Es ist wahrscheinlich, daß der deutsche Geschäftsträger die Reise antreten wird, wenn er in den Besitz der französisch-belgischen Antwort auf die deutsche Denkschrift gelangt ist. Der belgische Votschafter hat heute Nachmittag den Antwortentwurf der belgischen Regierung auf die deutsche Denkschrift vom 24. Dez. dem Quai d'Orsay übermittelt. Wie Havas berichtet, wird die Note an die deutsche Regierung dem deutschen Geschäftsträger jedenfalls am Freitag übergeben.

Neue belgische „Reparations“-Forderungen.

Paris, 8. Jan. Vor dem deutsch-belgischen Schiedsgericht wird seit gestern, wie berichtet wird, ein Prozeß verhandelt, den zehn Belgier gegen die deutsche Regierung angestrengt haben. Es handelt sich um Arbeitslose, die nach Deutschland transportiert worden waren, um dort in Industrie und Landwirtschaft Verwendung zu finden. Der Friedensvertrag von Versailles macht das Deutsche Reich für die gesundheitlichen und materiellen Schäden verantwortlich, die die Deportierten erlitten haben (Ziffer 2 und 8 des Anhangs I zu Art. 244). Die hieraus sich ergebenden Ansprüche hat die belgische Regierung bei der Reparationskommission angemeldet, die sie bei der Festsetzung der Entschädigungssumme in Höhe von 132 Milliarden berücksichtigte. Trotzdem tritt der Vertreter der belgischen Arbeitslosen für weitere Ansprüche ein. Die Forderung wird mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch begründet. In der morgigen Sitzung wird der Vertreter des Deutschen Reiches, Rechtsanwalt Jlich aus Berlin, zu Worte kommen. Die Verhandlungen werden jedenfalls nicht vor dem 10. Januar abgeschlossen sein.

Die neue Militärkontrolle.

Berlin, 9. Jan. Wie bereits in der ausländischen Presse angekündigt worden war, hat die Militärkontrollkommission

der Reichsregierung mitgeteilt, daß am 10. und 12. Januar in einer Reihe von deutschen Städten Kontrollbesuche stattfinden sollten. Die Besuche sind, soweit bisher Nachrichten von deutschen Verbindungsstellen vorliegen, zum Teil auch den militärischen Kommandostellen zugedacht. Sie sollen indessen in Zivil vor sich gehen und würden auch sonst in Formen gehalten, die den Gefühlen der kontrollierten Stellen Rechnung tragen. Zur Durchführung der Kontrollbesuche sind deutscherseits die nötigen Maßnahmen getroffen worden. Die Reichsregierung erklärte indessen der interalliierten Militärkontrollkommission, daß ihrer Ansicht nach diejenigen Aufgaben, die die Kommission mit den militärischen Stellen in persönliche Berührung brächten, nunmehr als erledigt angesehen werden müßten.

Ein neuer „Separatistischer“ Putsch im Rheinland in Vorbereitung.

Köln, 10. Jan. Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Koblenz berichtet, bereiten nach Meldungen aus der Pfalz und anderen Orten des besetzten Rheinlands die Separatisten einen neuen Putsch vor.

Der „Separatistische“ Terror in der Pfalz.

Mannheim, 8. Jan. Nachdem kürzlich der Bezirksdelegierte von Zweibrücken durch eine Bekanntmachung vom 4. Januar die separatistische Regierung der Pfalz als ungesetzlich abgelehnt hatte, werden jetzt alle pfälzischen Zeitungen gezwungen, in Fettdruck an der Spitze der Zeitung eine Berichtigung dieser Bekanntmachung aufzunehmen. Diese Berichtigung erklärt die Bekanntmachung vom 4. Januar für null und nichtig und zwar auf Antrag der separatistischen Regierung. Man rechnet nunmehr auf Grund der separatistischen Eingabe an die interalliierte Kommission mit einer Entscheidung über die Anerkennung der separatistischen Regierung bis 12. Januar.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums über die fürchterlichen Zustände in der Pfalz.

Berlin, 9. Jan. Die Reichstagsfraktion des Zentrums hielt gestern abend eine gut besuchte Sitzung ab, die sich bis 11 Uhr nachts hinzog. Die Fraktion nahm zunächst ein Referat des Abgeordneten Alletotte über den Beamtenabbau entgegen und beschäftigte sich dann mit der Lage in der Pfalz. Sie beschloß, folgende Interpellation an die Reichsregierung zu richten: Die in der Rheinpfalz durch die separatistische Bewegung geschaffenen Zustände drängen mit Gewalt zur Katastrophe. Fast 700 000 treudeutsche Pfälzer werden von einer Bande verräterischen Gefändels in brutalster Weise gequält, was nur dadurch möglich ist, daß die französische Besatzung die es schändliche Treiben in laum verhüllter Offenheit fördert. Mit Genehmigung der fremden Nachhaber haben Landesverräter die Verwaltungen zerhackt, Ruhe und Ordnung zerstört und mit rohester Gewalt bis zum 1. Januar 1924 insgesamt 107 pflichttreue Pfälzer aus ihrer Heimat vertrieben. Steuern und Abgaben werden von den Separatisten erpreßt, die freie Meinungsäußerung der einzelstaatlichen Presse wird tyrannisch unterdrückt. Dazu steigert die Besatzungsbehörde die Leiden der Pfälzer durch unberechtigte Forderungen. So wird neuerdings von der Interalliierten Rheinlandskommission (Forstkommision) in Koblenz auf Verlangen der französischen Regierung bis zum 15. Januar 1924 im Sinne einer Ausbeutung der Pfänder ein Holzstich von 600 cbm Derbyholz im westlichen Gebiet verlangt, wovon aus den pfälzischen Wäldern allein zwei Drittel geholt werden sollen. Welche verheerenden Folgen solche Waldausrottungen auf die Fruchtbarkeit und die Wasserversorgung des ohnehin wasserarmen Pfälzer Landes ausüben, ist jedermann klar. Sind der Reichsregierung diese fürchterlichen Zustände in der Pfalz bekannt? Ist sich die Reichsregierung der sich daraus ergebenden Gefahren für das Deutschtum am Rhein bewußt? Was gedenkt die Reichsregierung im Benehmen mit der bayerischen Landesregierung zu tun, um wieder geordnete Verhältnisse und Schutz der Menschenrechte in der Pfalz herbeizuführen?

Bayerische Haftbefehle gegen die pfälzischen Landesverräter.

Mannheim, 9. Jan. Wie wir erfahren, hat der erste Staatsanwalt beim Volksgericht in Würzburg gegen 19 Führer der pfälzischen Separatisten Steckbriefe wegen Landesverratsverbrechens erlassen, das nach den neuen bayri-

ichen Verordnungen mit dem Tode bestraft wird. Die Haftbefehle richten sich u. a. gegen den Präsidenten Franz Josef Heinz-Orbis, den Wirtschaftsminister Bley-Kirchheimbolanden, May-Schiffstadt, Nikles und Rahmann aus Kaiserslautern, Steig aus Mannheim, Deigel-Herheim und Schwab-Firmasens.

Ein neuer französischer Vorstoß zur Einbeziehung des englischen Brückenkopfes in die Regie.

Köln, 9. Jan. Die Regelung der Verkehrsfrage im Brückenkopf Köln ist noch nicht abgeschlossen, da die Verhandlungen zwischen London und Paris bisher kein Ergebnis gezeigt haben. Wie die „Kölnische Zeitung“ von unterrichteter Seite erfährt, steht die britische Regierung nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die deutsche Eisenbahnverwaltung im Brückenkopf Köln aufrechterhalten bleiben soll.

England und die französischen Militärkredite an die Kleine Entente.

London, 10. Jan. Reuter erfährt, daß bisher keine Antwort bei der britischen Regierung von den verschiedenen Regierungen der kleinen Entente auf die an sie gerichtete Note eingegangen sei, in der sie um Mitteilungen gebeten wurden, ob die von ihnen mit Frankreich abgeschlossenen Anleihen ihre Verpflichtungen mit Bezug auf die Kriegsanleihen und die von England vorgestreckten Kredite berühren würden. Zweifellos werde die britische Note eine der Hauptfragen bilden, die von den Staatsmännern der kleinen Entente, die sich gestern in Belgrad versammelt hätten, erörtert würden. Es werde erwartet, daß auf dieser Zusammenkunft eine gemeinsame Antwort fertiggestellt werde.

Die englische Arbeiterpartei wartet auf den Auftrag zur Kabinettsbildung.

London, 10. Jan. In der gestrigen Versammlung der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei unter dem Vorsitz Ramsay MacDonalds wurden alle bisherigen Beamten der Partei bis auf weiteres wiedergewählt. Ferner wurde beschlossen, daß die Arbeiterpartei, falls sie zur Kabinettsbildung berufen werden sollte, dieser Forderung stattgeben soll.

Die französische Linkspresse über die Kriegsschuldfrage.

Paris, 10. Jan. Die kommunistische „Humanité“, die bekanntlich seit Wochen Dokumente aus dem Nachlaß des russischen Finanzagenten Rasalowitz veröffentlicht, um seine Beziehungen zu der französischen Presse in den Jahren 1905 und 1906 klarzulegen, beschäftigt sich seit gestern mit den Beziehungen des russischen Finanzagenten zu der französischen Presse im Jahre 1912. Die „Humanité“ sucht nachzuweisen, daß zu diesem Zeitpunkt in dem eine neue internationale Krise ausgebrochen war, der russische Botschafter Tswolsti einen persönlichen Einfluß auf maßgebende Blätter auszuüben versuchte. — Der linksradikale „Quodien“ ist erstaunt darüber, daß in diesen Dokumenten die Namen Poincaré und Klotz enthalten sind und stellt deshalb in seinem gestrigen Leitartikel folgende Frage: Haben Sie — ja oder nein — die Presse kaufen lassen, um den Weg zum Krieg zu öffnen? Meine Herren! Hierauf muß geantwortet werden.

Deutschland.

Die neue Verordnung über die Gerichtsverfassung und die Strafrechtsplege.

Berlin, 8. Jan. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist in der letzten Nummer des Reichsgesetzblattes auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember eine Verordnung über die Gerichtsverfassung und die Strafrechtsplege vom 4. Januar veröffentlicht worden. Sie enthält in dem 5. Abschnitt eine Reihe von Notmaßnahmen, die bereits am 15. Januar in Kraft treten. Weiter enthält die Verordnung eine grundlegende Aenderung der Verfassung der Strafgerichte. Und eine Reihe von Verfahrensvorschriften soll der Verwirklichung der Ziele dienen, die schon seit 1919 durch eine Reihe von Entwürfen zur Neugestaltung des Straßprozesses, zuletzt durch den dem Reichstag im Mai 1923 vorgelegten Entwurf des Gesetzes zur Neuordnung der Strafgerichte, angejrebt sind. Nach der Verordnung sollen zukünftig die Strafkammern als Gerichte erster Instanz fort. Die Amtsgerichte werden für sämtliche bisher zur Zuständigkeit der Schöffengerichte und Strafkammern gehörenden Sachen und auch für einen Teil der zur Zuständigkeit der Schwurgerichte gehörenden Verbrechen zuständig. Für die schwersten Verbrechen verbleibt es bei der Zuständigkeit der Schwurgerichte, die mit drei Richtern und sechs Geschworenen besetzt werden. Die Richter und die Geschworenen entscheiden künftig über die Schuld und die Straffragen gemeinschaftlich. Die Vorbereitung dieser umfangreichen Neuordnung, bei der namentlich auch die Justizverwaltungen der Länder gehört werden mußten, nahm naturgemäß geraume Zeit in Anspruch. Inzwischen gestaltete sich die Geschäftslage beim Reichsgericht derart, daß alsbald Abhilfemaßnahmen notwendig wurden. Die Zahl der zur Zuständigkeit

des Reichsgerichts in erster Instanz gehörenden Sachen (Landesverrat, Verrat militärischer Geheimnisse usw.) war derart angeschwollen, daß eine völlige Lahmlegung der Tätigkeit des Reichsgerichts in erster Instanz drohte. Aus diesem Grunde erließ der Reichspräsident auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung am 12. Dezember 1923 eine Verordnung, welche die Abgabe der Landesverrats- und Spionagesachen an die Oberlandesgerichte ermöglichte. Um die Aufhebung der in der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September und 10. Oktober 1923 errichteten außerordentlichen Gerichte zu ermöglichen, ist durch eine Verordnung des Reichspräsidenten vom 17. Dezember 1923 für einen Teil der zur Zuständigkeit der außerordentlichen Gerichte gehörenden Sachen allgemein ein beschleunigtes Verfahren vor den ordentlichen Gerichten eingeführt worden. Eine Reihe Straftaten soll, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung in erheblichem Maße gestört oder gefährdet, und eine beschleunigte Aburteilung möglich ist, in einem vereinfachten und beschleunigten Verfahren vor den Strafkammern abgeurteilt werden. Die Strafkammern bleiben also für diese Delikte ordentliche Gerichte; es wird nur ihre Zuständigkeit erweitert. Daraus ergibt sich, daß die auf den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften beruhende Zuständigkeit der Jugendgerichte und des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik durch die Verordnung vom 17. Dezember 1923 nicht berührt wird. Andererseits bleiben die Vorschriften der Verordnung vom 17. Dezember auch neben den Bestimmungen der Verordnung vom 4. Januar bestehen. Sobald die Verhältnisse es gestatten, wird die Verordnung vom 17. Dezember 1923 aufgehoben werden.

Ein neuer sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.

Berlin, 10. Jan. Laut „Vorwärts“ beschloß der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gestern, der Reichsregierung neuerdings die schnelle Beseitigung des militärischen Ausnahmezustandes nahezu legen.

Sachsen.

Dresden, 9. Jan. Der sozialdemokratische Abgeordnete Minister a. D. Dr. Reinhold wurde zum Finanzminister ernannt und übernahm von dem bisherigen Finanzminister und jetzigen Ministerpräsidenten Held die Leitung der Geschäfte. Die Bekanntgabe der vollständigen Ministerliste erfolgt morgen. Der neue Finanzminister empfing heute nachmittag in seinem Amtszimmer eine Anzahl von Pressevertretern, denen er ein Bild der Finanzlage des sächsischen Staates entwarf, wie er sie im Augenblick seines Amtsantrittes vorfinde. Als eine der nächstliegenden Aufgaben des Staates bezeichnete er 1. den Etat auf Goldbasis aufzustellen, 2. Steuern zu erheben, die einen sofort greifbaren Ertrag liefern, 3. die verbenden Betriebe des Staates in Aktien-gesellschaften umzuwandeln, damit sie sich selbst irügen und kreditfähig seien. Bezüglich der Pressenachrichten, daß der sächsische Staat eine neue Inflation begünstige, betonte der Minister aufs schärfste, daß er unter keinen Umständen irgend etwas unterstützen werde, was auf neue zu einer Inflation und zu einer Untergrabung der Rentenmark führen könne.

Dresden, 9. Jan. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Müller-Chemnitz ist heute zum Minister des Inneren ernannt und in sein Amt eingeführt worden.

Der Hitler-Prozeß.

München, 9. Jan. Wie die „Münchner Neuesten Nachrichten“ erfahren, soll der Prozeß gegen die am Hitler-Putsch beteiligten Personen wegen des großen Umfangs geteilt werden. Der Hauptprozeß werde gegen acht oder neun Personen sich richten. Die Anklageschrift für diesen Teil des Verfahrens werde in den nächsten Tagen dem Volksgericht zugehen. Möglicherweise werde der Hauptprozeß noch gegen Ende Januar durchgeführt. Anschließend daran sollen weitere Verhandlungen stattfinden.

Bermischte Nachrichten.

Sturm im atlantischen Ozean.

Paris, 10. Jan. Aus vielen Orten an der Küste werden Stürme und Sturmfluten gemeldet. Bei Quessant hat der englische Dampfer „Surham“ gestern vormittag Notsignale gegeben. Eine Fischersfotille ist zerstört worden.

Newport, 10. Jan. Der heftige Sturm im Atlantischen Ozean hat die Ankunft von mindestens 7 Dampfern verzögert.

Kassel, 10. Jan. Nach der strengen Kälte der letzten Woche von zeitweise 20 Grad unter Null trat gestern nachmittag ein Witterungsumschlag bis 3 Grad unter Null ein.

Brand im Londoner Hafen.

London, 8. Jan. In den Londoner Docks war ein großes Lagerhaus mit Kautschuk, Teer und anderen brennbaren Produkten in Brand geraten. Eine große Zahl Feuerwehrspritzen war in Tätigkeit, um ein Ueberstreiten des Feuers auf die benachbarten Zollagerplätze und Petroleumdepots zu verhindern. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen. Der Schaden kann noch nicht genau festgestellt werden, ist aber sehr hoch. Der Brand ist der größte Hafenbrand, der sich seit einem halben Jahrhundert in London ereignet hat.

London, 9. Jan. Der Brand im Londoner Hafen ist erst gestern nachmittag gelöscht worden. Der Schaden übersteigt 200 000 Pfund Sterling. Das Kautschuklagerhaus, in dem der Brand ausgebrochen ist, ist vollständig zerstört worden.

London, 10. Jan. Reuter zufolge sind bei dem Brande im Londoner Hafen ungefähr 1000 Tonnen Kautschuk vernichtet worden.

Eine direkte telegraphische Verbindung London—Chicago.

London, 9. Jan. Zwischen London und Chicago ist eine direkte telegraphische Verbindung hergestellt worden. Der Verkehr wurde mit Begrüßungstelegrammen der beiden Bürgermeister eröffnet.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 10. Januar 1924.

Rucher- und Schleichhandelsbekämpfung.

Im Monat Dezember wurden vom Württ. Polizeipräsidentium Stuttgart, Abteilung Wucheramt, 470 Anzeigen, u. a. wegen unerlaubten Handels und Preistreiberei, Nichtanbringens von Preistafeln, Vergehens gegen die Devisenordnung und unerlaubten Verkehrs mit Milch, an die Staatsanwaltschaft erstattet.

Nobelfunfälle.

In Unterbalzheim O. Laupheim fuhr der 3 1/2 Jahre alte Joh. Hirling von Wiblingen, der bei seinen Großeltern auf Besuch weilte, mit seinem Schlitten in einen seitlich der Straße stehenden Fuhrschlitten hinein. Das Kind wurde dabei so schwer verletzt, daß es bald darauf starb. — In Ebhausen O. Nagold fuhr ein mit vier jungen Leuten besetzter Schlitten auf einen großen Pferdeschlitten. Der 18jährige Karl Dengler brach dabei die Wirbelsäule. Die drei anderen Schlittensfahrer kamen mit weniger schweren Verletzungen davon.

Die Landespolitik des Zentrums.

(S. 3.) Friedrichshafen, 9. Jan. Auf einer hier abgehaltenen Zentrumsversammlung sprachen der Landtagsabgeordnete, Universitätsprofessor Dr. Baur, über die Entwicklung der politischen Verhältnisse seit dem Kriege und Justizminister Beyerle über die Landespolitik. Dr. Baur berührte u. a. auch das Verhältnis zu den anderen Parteien und erklärte, er halte es für unmöglich, daß die Volkspartei, die hinter den Rechtsparteien stehen, dauernd vom politischen Einfluß ausgeschlossen bleiben und er würde es bedauern, wenn die wertvollen staatspolitischen Ideen der Deutschnationalen dauernd vom Einfluß auf die Regierung und die Staatsgeschäfte ferngehalten würden. Der Redner erörterte dann auch die Schwierigkeiten, die es bisher verhinderten, mit der Rechten eine Majorität zu bilden. Den Gedanken eines Bürgerblocks bezeichnete der Redner als unklar. Der Wiederaufbau Deutschlands hänge von der Mitarbeit der Arbeiterpartei ab. Wenn diese versage, werde der Versuch vergeblich bleiben. Man könne keine ersprießliche Politik machen, wenn man dauernd den halben Reichstag gegen sich habe. Das Zentrum verkenne nicht, daß die Sozialdemokratie im wesentlichen auf festem Boden stehe, aber erfreulich wäre es, wenn es gelänge, die hinter der Sozialdemokratie stehenden Volksmassen für das Volksganze zu gewinnen. Die Sozialdemokratie sollte das Gebot der Stunde erkennen und den Mut haben, zu sagen: So, wie wir uns die Sache gedacht haben, geht es nicht, es muß gespart und gearbeitet werden. Das Volk müsse klar erkennen, daß sowohl der Marxismus als der Großkapitalismus Deutschland ruinieren müssen. — Justizminister Beyerle behandelte zunächst Finanz- und Wirtschaftspragen. Die Wertbeständigkeithaltung der Rentenmark sei die erste Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft, sowie für die Verbilligung der Warenpreise und der Lebenshaltung. Am Wert der Einschränkung des Geldbedarfs müsse jeder mitarbeiten. Der Beamtenabbau, doppelt bedauerlich für Württemberg, wo seit altersher sparsam mit Beamtenstellen und Beamtengehältern gewirtschaftet wurde, müsse Hand in Hand gehen mit einer weitgehenden Beschränkung des staatlichen Aufgabenspektrums bei planmäßiger Vereinfachung der behördlichen Organisationen. Eingehend zu prüfen sei die Frage, ob die Bezirkseinteilung aufrecht erhalten werden könne. Der Minister beleuchtete dann die Vorgänge im Landtag bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz. Das Zentrum hatte gewünscht, daß das Ermächtigungsgesetz nicht gegen die Rechte zustande gekommen wäre. Die Heranziehung der Rechten zur Mitverantwortung hätte vielleicht die innere Einstellung zum Staat bei manchen Kreisen von Wirtschaft und Besitz gebessert, von denen gerade jetzt erhebliche Opfer für das Staatswesen gefordert werden müssen. Andererseits dürfe auch nicht verkannt werden, daß eine solche Regierungserweiterung unter Umständen das innere Verhältnis zum Staat bei anderen Bevölkerungskreisen beeinträchtigt haben könnte und vielleicht auch in der Beziehung auf die Außenpolitik unerwünschte Folgen gehabt hätte. Die Frage der Regierungserweiterung sei dadurch hinfällig geworden, daß die Sozialdemokratie und zwar aus freien Stücken für das Ermächtigungsgesetz stimmte, um eine Regierung mit der Rechten zu verhindern. Bezüglich der Steuerlasten jagte der Minister, sie dürften nicht derart sein, daß sie die besten Säulen des Staates vernichten. U. a. behandelte der Minister dann auch noch kulturpolitische Belange. Es sei eine leidige, aber kaum zu ändernde Tatsache, daß im Zeichen des Beamtenabbaus auch die Zuschüsse zu den Personalaufwendungen der Kirche gekürzt werden. Dabei müsse aber den besonderen rechtlichen und historischen Verhältnissen der katholischen Kirche, sowie den unersehbaren Werten höchster seelischer Kultur Berücksichtigung zuteil werden. Den militärischen Ausnahmezustand bezeichnete der Minister als entbehrlich, nicht aber Ausnahmemassnahmen schlechthin, solange die Kommunisten und die Nationalsozialisten die Verfassung mit Gewalt stürzen wollen.

Eine militärische Gedenkfeier am 18. Januar.

(SGB.) Stuttgart, 9. Jan. Zur Feier des Jahrestags der Reichsgründung hat das Wehrkreis-Kommando für den 18. Januar die Abhaltung von militärischen Gedenkfeiern in allen Standorten angeordnet. Diese Gedenkfeier wird in Stuttgart am 18. Januar um 12 Uhr auf dem Schloßplatz stattfinden und zwar in Form einer militärischen Parade, zu der auch die Truppen der Garnisonen Cannstatt und Ludwigsburg herangezogen werden.

*
Vom 2. Jan. Auf Anregung des Stadtvorstands schlossen sich sämtliche hiesigen Vereine zusammen, um ihren Mitgliedern und Freunden und den sonstigen Einwohnern Liebenzells auch in der jetzigen Notzeit einen Abend bieten zu können, an dem sie die Händel der Welt vergessen und beim Schein der Weihnachtskerzen einige frohe Stunden verbringen sollten. Der von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellte schöne Kurzaal konnte am Festabend kaum die aus allen Kreisen der hies. Einwohnerschaft herbeigeströmten Gäste fassen, ein Beweis, welcher guter Gedanke die Veranstaltung einer solchen Gemeindefeier war. Nach einem einleitenden Gesang begrüßte Herr Stadtschultheiß Maulen im Namen der Vereine die Gäste und wünschte, nach kurzem Ueberblick über die vergangene und gegenwärtige Zeit, daß sich der Abend zu einem rechten deutschen Weihnachtsfest gestalten möge. Und richtig: der Abend wurde für alle Teilnehmer schön und genussreich. Liebesvorträge des Gesangsvereins „Freundschaft“ wetteiferten mit Zither- und Gitarrenklängen des Zitherklubs des Schwarzwalddvereins, um dem Ohr einen Genuß zu bieten; Vorträge der Damen- und Männertruppen der Turnerschaft erfreuten das Auge, während zur allgemeinen Unterhaltung die vom Fußballklub aufgeführten Theaterstücke dienten. Im Mittelpunkt der Feier stand ein im Namen des Krieger- und Militärvereins von Herrn Stadtpfarrer Lempp vorgeführter Lichtbildvortrag, welcher nach kurzem Verweilen auf dem Kriegsschauplatz in die seitherige Heimat und Wirkungsstätte des Vortragenden, nach Widdern, im reizenden Jagsttal führte. Reicher Beifall lohnte alle Darbietungen. Mit Freude konnte Herr Stadtpfarrer Lempp in seiner Schlussansprache feststellen, welche schöne Harmonie die ganze Feier beherrschte und der Dank, den er den Veranstaltern und Mitwirkenden aussprach, war allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen. Hoffen wir, daß auch in künftigen Jahren wenn nicht mehr die Not der Zeit den Anstoß zur Abhaltung einer gemeinsamen Weihnachtsfeier geben wird, solche Feiern, die in erster Linie dazu geeignet sind, die Standes- und politischen Gegensätze zu überbrücken, veranstaltet werden mögen.

(SGB.) Calmbach O. A. Neuenbürg, 9. Jan. Abends fuhrn drei Knaben der Mittelschule auf einem Schlitten einen steilen vereisten Weg am Eiberg herab und verloren dabei die Herrschaft über den Schlitten, der auf eine Tanne schloß. Während ein Knabe vorher schon vom Schlitten fiel, wurden die beiden anderen an den Baumstamm geschleudert, wobei der eine, Hermann Ehrhardt, derart schwere Verletzungen erlitt, daß er nach 30stündigem Leiden starb. Der andere, Max Kühner, liegt schwer darnieder.

(SGB.) Ellingen O. A. Leonberg, 9. Jan. Nicht weniger als 24 Gemeindeangehörige, darunter zwei Familien mit 6 und 8 unerwachsenen Kindern, haben die Heimat verlassen, um in Brasilien ihr Glück zu suchen.

(SGB.) Botnang, 9. Jan. Eine Frau war mit Nachschüren beschäftigt, als plötzlich im Ofen ein Knall erfolgte und die

Frau schwer verletzt zusammenbrach. Man nimmt an, daß sich unter dem Brennmaterial irgend ein Sprengkörper befand, der sich entladen hat. Die Frau ist jetzt ihren Verletzungen erlegen.

(SGB.) Stuttgart, 9. Jan. Die Daimler-Motoren-Gesellschaft hat eine neue Gesellschaft unter dem Namen „Daimler-Motoren-Gesellschaft, Büromaschinenfabrik G. m. b. H.“ gegründet. Die neue Gesellschaft wird sich mit der Serienanfertigung einer neuen Schreibmaschine befassen, die die Muttergesellschaft schon seit einigen Jahren im Bau hat.

(SGB.) Stuttgart, 9. Jan. Infolge der Aufteilung des Oberamts Cannstatt waren von den Gemeinderäten der Bezirksorte in Stuttgart-Umt noch fünf Mitglieder in den Bezirksrat zu wählen. Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Gemeinderäte hatten einen gemeinsamen Wahlvorschlag aufgestellt, dem ein kommunistischer Wahlvorschlag gegenüberstand. Gewählt sind drei Bürgerliche und zwei Sozialdemokraten.

(SGB.) Heilbronn, 9. Jan. Im Walde zwischen Reilsberg, Sommerwand und Gruppenbacherstraße stieß man auf zahlreiche frische Spuren von Wildschweinen. Allem Anschein nach handelt es sich um ein ganzes Rudel. Unter mehreren großen Eichen war der Boden von den nahrungsuchenden Tieren in weitem Umkreis tief durchwühlt. Die nach allen Richtungen führenden Spuren lassen vermuten, daß die zugewanderten Tiere sich schon einige Zeit in der Gegend herumtreiben.

(SGB.) Schwäb. Hall, 9. Jan. Vor dem Standesamt in Ludwigschafen spielte sich vor kurzem der seltene Fall ab, daß eine Trauung noch im letzten Augenblick von dritter Seite vereitelt wurde. Es handelte sich um einen gewissen J. Herbert Reiß von Ludwigschafen, der bereits einmal verheiratet war. Es war ihm zur Last gelegt worden, seine Frau erschossen zu haben. Reiß bestritt dies in einem gegen ihn anhängig gewordenen Prozeß. Dieser endete mit der Freisprechung des Reiß. Das Mädchen, mit dem der Genannte nunmehr die Ehe eingehen wollte, ist 19 Jahre alt und stammt von hier. Der Vater zog die Einwilligung zur Ehe plötzlich zurück und verlangte, daß die Trauung keineswegs stattfinden, was auch geschah.

(SGB.) Waiblingen, 9. Jan. Die Wohnungsbaufürsorge regt sich hier in einem ungeahnten Maße. Bis zum Ende des abgelaufenen Jahres sind von nicht weniger als 78 baufertigen Wohnungsbauten für das kommende Frühjahr angemeldet worden. Für die meisten werden aber die wirklichen Ausflüchten, bauen zu können, gering sein, weil die

Sie sparen viel Geld,

wenn Sie Ihre Sonderanfertigung in Geschäftsbüchern uns übertragen, wir fertigen die Bücher in jeder gewünschten Einlöcher- und Papierqualität an.

H. Delschlager'sche Buchdruckerei.

Beschaffung von Kredit zu erträglichem Zinsfuß unmöglich ist.

(SGB.) Kottweil, 9. Jan. Dienstag mittag kurz vor 12 Uhr fiel der 4jährige Knabe des städt. Straßenswarts Karl Spreiter in Abwesenheit der Eltern aus dem etwa drei Stock hoch gelegenen Fenster der Wohnung im schwarzen Tor auf die Straße und war sofort tot.

(SGB.) Heidenheim, 9. Jan. Die Zahl der Erwerbslosen beträgt 250, die Zahl der Kurzarbeiter ist auf etwa 1000 angewachsen; die Zahl der Sozialrentner beträgt 500, der Kleinrentner 300. Diesen schwer leidenden Personen unter die Arme zu greifen, war im abgelaufenen Jahr eine schwere Sorge für die Stadt. Bezüglich der Erwerbslosigkeit machte der Stadtvorstand in der ersten Sitzung dieses Jahres die Mitteilung, daß sie zum Stillstand gekommen und eine leichte Besserung wahrzunehmen sei, da einzelne Industrien wieder Leute einstellen konnten. Die Kinderspeisung hat mit 300 Kindern aufgenommen werden können und wird demnächst auf 480 ausgedehnt, auch eine Wärmestube ist eingerichtet und eine Speiseeinrichtung für Erwachsene in Betrieb genommen worden. Als hauptsächlichste Aufgabe des neuen Jahres nennt der Stadtvorstand die Fortsetzung des Wohnungsbaus, die Entwässerung des Brenztals zwischen Heidenheim und Schnaitheim. Das Entwässerungsprojekt soll mit allen Kräften gefördert werden. Die Aussprache über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadtgemeinde und die künftigen Aufgaben drehten sich um den Beamtenabbau, Wohnungsfürsorge, Preisgestaltung bei den technischen Betrieben und Entwässerung des Brenztals.

(SGB.) Giengen a. Br., 9. Jan. Kurz vor 11 Uhr nachts brach im benachbarten bayerischen Lauingen in dem zwischen Klosterstraße und Klosterhof liegenden, mit dem Mädchenhospitälgebäude zusammenhängenden Häuserblock ein Feuer aus. Die Brandursache ist bis jetzt noch unbekannt. Beim Entdecken des Brandes durch die Tochter Anna des Dekanons Andreas Strehle standen dessen Wohnhaus sowie das mit diesem zusammenhängende Anwesen des Anton Stuhler in Flammen, die sich sehr rasch dem Hause des Privatiers Pfaffenberger mitteilten. Die reichlichen Heu- und Strohvorräte gaben dem Feuer gewaltige Nahrung, so daß mächtige Feuergeraden zum nächtlichen Himmel emporlohten. Die bedrohten Gebäulichkeiten konnten gerettet werden, allerdings das Hühler'sche Haus, von dem ein Teil des Dachstuhl dem Feuer zum Opfer fiel, nur unter großen Beschädigungen. Das Strehle'sche Anwesen ist gänzlich ausgebrannt, so daß nurmehr die Umfassungsmauern stehen, nicht viel besser steht es mit den Häusern des Stuhler und Pfaffenberger. Bei letzteren beiden konnte ein größerer Teil des Mobiliars gerettet werden, bei Strehle nur sehr wenig. Das Vieh konnte in Sicherheit gebracht werden.

(SGB.) Fiegelbach O. A. Waldsee, 9. Jan. In seinem Schlafzimmer erhängte sich der Dekanon Markus Felder. Schwermut und Nervenleiden, an dem der brave Mann seit einem Jahr erkrankt war, ist die schreckliche Tat zuzuschreiben.

Das Auge des Buddha.

Roman von Friedrich Jacobsen.

„Judica ist nicht glücklich — wie kann dieses zur Liebe geschaffene Weib an der Seite eines Mannes glücklich sein, der die Bestien des Urwaldes ihrer Gesellschaft vorzieht? Das Klingt in diesem Mund freilich seltsam, denn mein eigenes Leben ist nicht viel anders beschaffen, aber ich gebe Ihnen mein Ehrenwort —“

Er brach plötzlich ab und machte eine Bewegung mit der Hand.

„Ja so, das Ehrenwort von Luis Sanchez wird bei Ihnen nicht in die Wagsschale fallen. Wir haben noch ein Konto offen stehen, Herr Westen, und das Debet ist auf meiner Seite — wollen wir es heute abhelfen?“

Ulrich zuckte die Schultern.

„Es ist nicht Ihre Verdienst, Herr Sanchez, wenn ich heute imstande bin, Ihnen diese Unterredung auf meinem Zimmer zu gewähren!“

„Nein,“ sagte Luis offenerzig, „dieses Verdienst kann Judica für sich in Anspruch nehmen. Wenn es damals nach mir gegangen wäre, so hätte meine Sultamith Ihnen die Pranken in das Gesicht geschlagen. Wer neben einem Vändiger am Löwenkäfig Platz nimmt, der muß auf solche Ueberraschungen gefaßt sein.“

„Auf Mord — —“

„Die Eifersucht kennt kein Gesetz als ihr eigenes Ziel; das mag bei Euch sichtsüchtigen Deutschen anders sein, aber uns Südländern steigt das heiße Blut in die Augen. Heute freilich schäme ich mich dieser Regung, denn Sie haben mich von meinem Irrtum überzeugt, und deshalb bin ich geneigt, mit Ihnen Frieden zu schließen. Wollen Sie mir die Hand reichen?“

Ulrich traute seinen Ohren nicht. In welchen Irrgängen mochte die Seele dieses Mannes wandern, der über das schrecklichste Verbrechen, das die Menschheit kennt, mit gleichgültigem Abscheulachen sprach und von seinem Opfer gleiche Anschauung erwartete.

Aber jedenfalls war das so interessant, daß Westen seine Entscheidung verwarf und nur eine Gegenfrage stellte.

„Sie wünschen also eine Art Bündnis, Herr Sanchez; zu wessen Gunsten soll es abgeschlossen werden?“

Der andere schwieg lange und kämpfte offenbar mit sich selbst. Endlich entgegnete er langsam:

„Ich kann mich nicht deutlich darüber ausdrücken. Es ist ein Geheimnis dabei, das nicht mir allein gehört. Aber nehmen wir an, daß über dem Haupte des Weibes, dem wir beide nahe gestanden haben, ein Verhängnis schwebt — vielleicht weniger über ihrem eigenen als dem eines anderen, aber wenn der Blitz in zwei zusammengewachsene Bäume schlägt, dann trifft er beide. Es ist ein unabwendbares Verhängnis, Herr Westen, dessen Ursprung und Ziel nicht in der Hand eines einzelnen ruht; wenn das erste Werkzeug versagt, dann finden sich zehn andere — es gibt Menschen, die vom Tode gezeichnet sind, und die mögen noch so sehr ihrer Gesundheit leben, der Tod holt sie doch in ihren besten Jahren.“

Ulrich hob lausend den Kopf.

„Sie sprechen von Judicas Gatten?“

„Ich möchte nicht in seiner Haut stecken,“ entgegnete Luis Sanchez, ohne die Frage deutlich zu beantworten. „Er mag an den Nordpol oder auf ein Felsenland des Stillen Ozeans gehen, das Verhängnis wird ihn überall erreichen, aber Judica soll alsdann nicht an seiner Seite sein. Er ist es nicht wert, daß sie sein Schicksal teilt, sie ist zu gut für ihn, und ich liebe sie noch immer. Aber ich kann sie nicht warnen, das muß ein anderer tun, jemand, dessen Worten sie Glauben schenkt.“

Luis Sanchez erhob sich plötzlich und ging nach der Tür. Dort wandte er sich noch einmal um und sagte halblaut:

„Ich bitte Sie, Herr Westen, nicht zu vergessen, daß bei dieser ganzen Unterhaltung mein und meines Begleiters Name nicht genannt worden ist. Was wir beide in Newyork zu tun haben, geht keinen Menschen etwas an, und es wäre unvorsichtig, irgendwelche Schlüsse daraus zu ziehen. Es könnte für Sie selbst ebenso verderblich sein wie jenes andere Verhängnis, von dem ich vorhin gesprochen habe. Und nun leben Sie wohl — es entspricht wohl unseren beiderseitigen Wünschen, daß wir beide uns nicht wiedersehen.“

Vierzehntes Kapitel.

Hannibal war mit der Nachricht eingetroffen, daß die Jagdhütte am Tennesseefluß zur Aufnahme des Herrn bereit sei, und John Perry hatte darauf seine Reise dorthin angetreten.

Er wollte anfangs den Neger zurücklassen, denn die Villa lag inmitten des großen Parks ziemlich einsam, und die Einbrüche hatten sich wieder einmal in Newyork bedenklich gehäuft, aber Judica war entschieden dagegen, und sie setzte ihren Willen um so leichter durch, als ihr Gatte sich tatsächlich nur ungern von seinem treuen Diener trennte.

Sie hatte auch noch etwas anderes erreicht, und das war ihr bedeutend schwerer geworden: Perry ließ den schwarzen Diamanten in Judicas Händen zurück. Er tat es mit Murren und zeigte sogar eine leichte Anlage zum Aberglauben, denn er bezeichnete das Juwel als Talisman, aber Judica lachte und meinte, die Vären würden vor dem Auge Buddhas austrüden und seinen Träger gar nicht zum Schuß kommen lassen.

In Wirklichkeit brannte ihr das unheimliche Kleinod zwischen den Fingern, und sie schloß es in den großen Tresor, der in Johns Arbeitszimmer stand; ihre alte Salome war dabei zugegen und wunderte sich sehr darüber, denn es war noch niemals vorgekommen, daß der Herr seine geliebte Busenmadel ablegte.

Die Zigeunerin war nur ungern nach Amerika gegangen, das Wanderleben steckte ihr zu tief im Blut, und auf Luxus legte sie wenig Wert; aber von Judica mochte sie sich auch nicht trennen und klagte nur jeden Tag darüber, daß man so gar kein bekanntes Gesicht zu sehen kriegte.

Das sollte indessen bald anders werden.

Es war am zweiten Tage nach Perrys Abreise; aus Eichen, der Quäkerstadt, war bereits das übliche Telegramm mit dem ständigen „All right“ eingetroffen, und Judica begann sich mit der Einsamkeit auszuöhnen — bei dem unsteten Lebenswandel ihres Gatten war sie in dieser Beziehung nicht verwöhnt.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.
Berliner Briefkurse.

1 Dollar	4210,5 Ma.
1 Goldmark	1002,5 Ma.
1 Schweiz. Franken	759,3 Ma.
1 franz. Franken	210,52 Ma.
1 holl. Gulden	1635,07 Ma.
Reichsindex für Lebenshaltung	1147 Ma.
Goldumrechnungsjahr für Steuern	1000 Ma.

Zur deutschen Ernährungslage.

Die Brotgetreideernte betrug im Jahre 1913 und zwar im jetzigen Gebiet des Deutschen Reiches 14 Millionen Tonnen; hinzu kommen noch 2 Millionen Tonnen Weizen, die eingeführt wurden und sind außerdem 0,6 Millionen Tonnen Roggen an Ausfuhr abzuziehen, so daß wir insgesamt für die Brotgetreideversorgung 15,4 Millionen Tonnen Getreide zur Verfügung hatten. Im Jahre 1923 ist insgesamt mit einer Ernte von 10 Millionen Tonnen Brotgetreide zu rechnen. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1923 wurde 1 Million Tonnen eingeführt, so daß uns also insgesamt 11 Millionen Tonnen zur Verfügung standen. Trotz der günstigen Ernte, die wir im letzten Jahre zu verzeichnen hatten, müßten also noch 4,4 Millionen Tonnen Brotgetreide eingeführt werden. Es fehlen also 28 Prozent. — Nach der Viehzählung am 1. Dezember 1923 wiesen wir in diesem Jahre einen Viehbestand von 16,9 Mill. Rinder, 1,5 Millionen Kälber, 1,9 Millionen Schafe und 22,5 Millionen Schweine auf. Dazu kam noch eine Einfuhr von 280 752 Stück Rindern, 23 462 000 Stück Schafen, 148 422 Stück Schweinen und eine Einfuhr von 32 300 Tonnen Rindfleisch, 900 Tonnen Schaffleisch und 21 700 Tonnen Schweinefleisch, sowie 1000 Tonnen Schweinespeck. In dem gleichen Jahre betrug der durchschnittliche Fleischverbrauch pro Kopf 52 Kilo, der im vorigen Jahr auf 26 Kilo zurückgegangen ist. Um diesen Durchschnittsverbrauch wieder auf die Höhe der Vorkriegszeit zu bringen, fehlen uns 48 Prozent an Fett und Fleisch, so daß eine Einfuhr von 1,5 Millionen Tonnen Fleisch nötig wäre. Der

Viehbestand im Jahre 1922 wies eine Verminderung der angegebenen Zahlen von 1913 auf. Nur der Schafbestand hat sich um 0,6 Millionen Stück vermehrt, jedoch kann diese Erhöhung nicht unseren Verlust des Schweinebestandes, der fast um 50 Prozent zurückgegangen ist, wieder gutmachen. Ein Ausgleich des Ausfalls hat durch Einfuhr nicht stattgefunden. An tierischen Fetten standen uns im Jahre 1912/13 613 000 Tonnen zur Verfügung. Hinzugerechnet eine Einfuhr von 249 000 Tonnen ergaben einen Bestand von 862 000 Tonnen, denen 1922 nur 366 000 Tonnen und eine Einfuhr von 146 070 Tonnen gegenüberstanden. An tierischen Fetten fehlen uns somit 40 Prozent. — Die Milchversorgung ging um 33 Prozent zurück. Im Jahre 1913 betrug die inländische Milchproduktion 18 Milliarden Liter; außerdem kommt eine Einfuhr von 20 000 Tonnen hinzu. Im Jahre 1922 hatten wir jedoch nur 12 Milliarden Liter zur Verfügung und führten 4000 Tonnen ein. — Die Kartoffelernte, die bei uns besonders wichtig ist, betrug im jetzigen Gebiet im Jahre 1913 44 Millionen Tonnen, während 1923 nur 31,4 Millionen Tonnen geerntet wurden. Es fehlen also 12,6 Millionen Tonnen, was einem Rückgang von 28 Prozent der Versorgung gegenüber 1913 gleichkommt.

Viehmarkt in Calw.

Bei dem am 9. Jan. abgehaltenen Vieh-, Pferde- und Schweinemarkt waren insgesamt 83 Stück Rindvieh zugeführt, darunter befanden sich 6 Stück Ochsen, 14 Stiere, 30 Kühe, 13 Kalbinnen, 20 Jungkinder. Bezahlt wurde für Zugochsen 200—500 M., Kühe 100—370 M., Kalbinnen 240—450 M., Rinder 87—180 M., alles je per Stück. — Auf dem Schweinemarkt waren 60 Stück Läufer und 240 Milchschweine zugeführt. Bezahlt wurde für Läufer 56—90 M., für Milchschweine 20—35 M. je pro Paar. — Auf dem Pferdemarkt war nichts zugeführt. Sowohl auf dem Vieh- als auch auf dem Schweinemarkt übten die Käufer große Zurückhaltung.

Märkte.

(S.C.B.) Pforzheim, 9. Jan. Dem Pferdemarkt wurden 74 Pferde zugeführt, darunter zwei Fohlen. Es

wurden folgende Preise gehandelt: 300—800 M. für leichte Pferde, 900—1400 M. für mittlere, 1500—2400 M. für schwere Pferde. Der Handel war lebhaft.

(S.C.B.) Ludwigsburg, 9. Jan. (Schweinemarkt.) Zufuhr: 9 Läufer- und 81 Milchschweine. Ein Milchschwein kostete 13—17 M. Der Handel ging langsam.

(S.C.B.) Balingen, 9. Jan. (Viehmarkt.) Zugeführt wurden 8 Farren (nicht verkauft), 10 Ochsen (Preis 450—520 M.), 37 Kühe (Preis 10jährig 173 M., 4jährig trüchtig 200—340 M.), 52 Kalbinnen (Preis 1½jährig bis 2jährig 200—340 M.), 8 Stierle (Preis ½jährig 130 M.), 73 Stück Jungvieh (Preis 1jährig 145, ½jährig 116, ¼jährig 70 M.). Der Handel war sehr flau. — Dem Schweinemarkt wurden 133 Milch- und 3 Läuferchweine zugeführt. Der Preis für ein Milchschwein betrug 13—27 M. Läufer wurden nicht verkauft. Der Handel war etwas flau.

(S.C.B.) Gammertingen in Hohenzoll., 9. Jan. Dem Pferdemarkt waren wunderschöne, raffige Tiere zugeführt. Die Preise waren sehr hoch. Für ein Paar mittlere Zugpferde wurden bis zu 2500 M. bezahlt.

(S.C.B.) Schwenningen, 9. Jan. (Schweinemarkt.) Zufuhr: 18 Milch- und 2 Läuferchweine. Bezahlt wurden für Milchschweine pro Paar 22—34 M. Der Handel war lebhaft.

(S.C.B.) Riedlingen, 9. Jan. (Schweinemarkt.) Zugeführt waren 134 Milch- und 10 Läuferchweine. Ertere kosteten 8—12 Goldmark, letztere 25—30 M. das Stück. Der Handel war flau.

(S.C.B.) Ellwangen, 9. Jan. (Pferdemarkt.) Es wurden bezahlt: für 2jähr. Fohlen 600—800 M., mittlere und ältere Arbeitspferde 300—400, bessere 600—700 M.; schwere Händlerspferde 1500—2000 M.

Die festlichen Weihnachtspreise dürften sich merklich nicht an den Vorkriegs- und Kriegshandelspreisen messen lassen, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verteilungskosten im Zuschlag kommen. S. Schmitt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Weltmann, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei Calw.



Beim Heimgang unseres lieben Kindes haben wir viele Beweise wohlthuenden Mitgefühls erfahren dürfen. Wir sprechen dafür unseren herzlichsten Dank aus.

Karl und Clara Zügel.

Calw.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zum Wohnneubau in Gebäude Nr. 97 des Spar- und Consum-Vereins Calw sind die erforderlichen Bauarbeiten und Lieferungen im Submissionsweg zu vergeben.

Die Unterlaie sind im Geschäftszimmer des Consum-Vereins zur Einsicht aufgelegt und wollen Angebote bis Samstag, den 12. dieses Monats nachmittags 1 Uhr ebenfalls eingereicht werden.

Calw, den 7. Januar 1924.

Kohler, Architekt.

Der unübertroffene

Sparhochherd Rückenstolz

hat unerreichte Vorzüge, macht sich bald von selbst bezahlt durch große Ersparnisse an Brennmaterial. Kochplatte und Feuerrost sind aus prima Guß. Anzusehen und zu bestellen bei

Frau Marie Heller, Bischofstraße.

Streuet die Gehwege!



Bekleidung

Ausstattung

Paul Rüdtele, Calw.

Calw, 9. Januar 1924.
Todesanzeige.



Meine liebe Frau Marg. Günther ist gestorben. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: d. Gatte Ulrich Günther der Sohn Karl. Beerdigung findet am Freitag nachm. 1 Uhr von d. Friedhofhalle aus statt.

Verloren

ging am Sonntag auf der Straße Unterriedenbach—Calw Suchschweine aus Pelz Abzugeben geg. Belohnung in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Reife

haar. und gestr. Flanelle, Blusenstoffe, Schürzenstoffe in allen Farben, Zeppflanelle u. Bettzeug in nur guter Qualität kaufen Sie am besten bei maßiger Berechnung bei Frau Anna Weber, ob. Marktstr. 31, 3. St.

Stark gebauter lenkbarer 3siger Kodelschlitten z. verkaufen Bahnhofstr. 399

Neuweiler.

Ein 1 Jahr altes

Rind
steht dem Verkauf aus.
Martin Bieffe.

Maisenbach.

Einen zur Zucht geeigneten



Farren

(Rotscheck) ca. 7 Jtr. schwer steht dem Verkauf aus.
Jakob Reuschler.

Hypothekenaufwertung!

desgl. Aufwert. v. Obligationen u. sonstig. Guthaben Herr Professor Bauer, Vorstand d. Hypothekengläubiger-Schutzverbandes-Stuttgart wird am

Sonntag, den 13. Januar, nachmitt. 3 Uhr im „Badischen Hof“, kleiner Saal über obiges Thema sprechen. Alle Interessenten von Stadt und Land sind freundlich eingeladen. Saal wird geheizt!

Ohne Mitteilung der Ereignisse in Stadt und Land, Reich und Welt lebt der Mensch wie in einer dunklen Kammer, ohne die Vermittlung des Anzeigenteils im geschäftl. Verkehr stocken Handel und Wandel.

19jähriges Mädchen vom Lande sucht Stellung, wo ihm Gelegenheit geboten wäre, das Kochen zu erlernen. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Verjette

Röchin in Verrentensstellung, sowie tüchtiges

Hausmädchen das etwas Kenntnisse im Nähen hat (jedoch nicht Bedingung) gegen hohen Lohn (Goldmark)

so,ort gesucht.

Freies Schuhwerk u. Schürzen. Waschfrau vorhanden. Angebote unter Beifügung von Zeugnisabschriften und Bild an Frau Fabrikant Weibel, Dahn, Pflz.

Fleisch- und Wurstkonerven Fr. Freudenberger.

Zuverlässiger Kutscher

der die Landwirtschaft gründlich versteht, in Verrentensstellung gegen hohen Lohn

so,ort gesucht.

Angebote mit Zeugnisabschriften und Bild an J. Weibel, Schuhfabrik, Dahn Pflz.

Denkt der hungernden Vögel

Gummi-Stampel

liefert rasch und billig die

A. Delschläger'sche Buchdruckerei Calw.

Veteranen- u. Militärverein

Zu unserer am Samstag, den 12. ds. Mts. abends 7 Uhr im „Badischen Hof“ stattfindenden

Weihnachts-Feier

laden wir unsere werthen Kameraden nebst Angehörigen freundlichst ein.

Der Ausschuss.

Oberamtsparkasse Calw.

Rentenmark-Verkehr.

1. Giro- u. Scheckverkehr.

Ab 1. Dezember 1923 führen wir neben den Papiermarkkonten auch Rentenmarkkonten und vereinen auf diesen Konten bei provisions- und spesenfreier Führung bis auf weiteres

6% pro Jahr

bei täglicher Kündigung.

Einzahlungen können gemacht werden:

Durch Überweisungen oder durch Bareinzahlungen von Rentenmark oder anderem in Württemberg zirkulationsfähigem werbeständig. Geld.

Bareinzahlungen, welche bis 11 Uhr vormittags eingeht, werden zu wert gleichen Tages gutgeschrieben.

Abhebungen können erfolgen durch Überweisungen oder durch Barabhebungen. Letzteres nach unserer Wahl in Renten- oder anderem werbeständigem Geld.

Giroanweisungen und Scheck sind stets deutlich mit dem, dem Betrag beizulegenden Vermerk „Rentenmark“ zu versehen.

2. Rentenmarksparkonten.

Auf diese Konten nehmen wir Gelder in jeder Höhe, jedoch nicht unter 1 Rentenmark entgegen.

Verzinsung je nach Höhe und Kündigungsfrist

6—8% pro Jahr.

Veränderungen der Bedingungen über den Rentenmarkverkehr (insbesondere die der Zinsätze) sind jeweils durch Anschlag in unseren Kassenlokalen ersichtlich.

Schuhwaren aller Art

J. Knörzer, Marktplatz 67.

Kein Laden.